

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 30.04.2023)

Titel: Genoss*innenschaften für alle!

Antragstext

1 Der UB-Parteitag der SPD Dresden möge beschließen und über den Landesparteitag
2 der SPD Sachsen sowie den Bundesparteitag der SPD an die SPD-Bundestagsfraktion
3 weiterleiten.

4 Für uns als Jusos ist die Demokratisierung der Wirtschaft ein zentraler
5 Bestandteil unseres sozialistisches Selbstverständnisses. Eine Demokratie, in
6 der ein hoher Anteil der Macht in der Hand einiger weniger liegt, ist
7 langfristig nicht funktionsfähig und unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung
8 sorgt durch ihre inhärente Kapitalakkumulation für genau diese
9 Machtkonzentration.

10 Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass
11 der Besitz an Produktionsmittel nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen,
12 sondern gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall
13 auch Eigentümer*innen) der Betriebe liegen.

14 In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen
15 Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese
16 sind aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die
17 Mitbestimmungsrechte beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu
18 Vertreter*innenversammlungen alle paar Jahre. Damit geht der besondere Charakter
19 der Genoss*innenschaft gegenüber anderen Eigentumsmodellen wie der
20 Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere Idealvorstellung der
21 Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen Selbstverwaltung, in der
22 sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen verstehen.

23 Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche
24 Förderung des Genoss*innenschaftsmodells, als auch die Einführung, Bewerbung und
25 Beratung zu neuen Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-,
26 Industrie- oder IT-Genoss*innenschaften. Zu diesem Zweck fordern wir die
27 Einführung von Genoss*innenschaftsberatungen, in der Menschen mit dem Willen zu
28 einer Unternehmung aktiv auf die Möglichkeiten der Genoss*innenschaft hingewiesen
29 werden. Auch Unternehmen, die oftmals akut nachfolgegefährdet sind (z.B. kleine
30 Handwerksbetriebe im ländlichen Raum) sollen aktiv auf die Möglichkeit der
31 Überführung oder Umwandlung in eine Genoss*innenschaft (auch in Kooperation
32 mehrerer betroffener Betriebe) hingewiesen werden.

33 Unser langfristiges Ziel ist die Überführung aller Unternehmen in Deutschland in
34 basisdemokratische Hand.

Begründung

Erfolgt mündlich.